Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

7 (5.1.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G.m.b.H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 7 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Samstag, 5. Januar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Der Zwischenfall von Brest-Litowsk.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 4. Jan., abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die Verluste der Engländer.

)(Berlin, 4. Jan. Vom 20. Nov. 1917 bis 2. Januar 1918 haben die Engländer allein auf dem Schlachtfeld östlich Cambrai 227 Offiziere, 9600 Mann Gefangene verloren. An Beute wurde ihnen während der Cambrai-Kämpfe 172 Geschütze, 724 Maschinengewehre und 19 Minenwerfer abgenommen; außerdem eroberten die siegreichen deutschen Truppen, die den Anfangserfolg der Engländer in kurzer Zeit in eine außergewöhnlich blutige Niederlage verwandelten, 32 deutsche Geschütze zurück, die bei dem ersten englischen Einbruch in die Hände des Feindes gefallen waren. Von den über 300 eingesetzten Tanks verloren die Engländer 107, von denen 75 hinter den deutschen Linien in unsere Hand fielen, während 32 zwischen den englischen und deutschen Gräben zertrümmert und zerschossen liegen geblieben sind.

WTB. Berlin, 4. Jan. Folgende Aussagen gefangener englischer Offiziere bestätigen aufs neue die unerhört schweren Verluste der Engländer bei Cambrai. Das schneidige und geschickte Vorgehen der deutschen Infanterie besonders die Schnelligkeit und die Wucht des Infanteriestoßes hätte den auch in weiter rückwärtigen Stellungen stehenden Infanterie-, Maschinengewehr- und Artillerieverbänden keine Zeit zur organisierten nachdrücklichen Verteidigung gelassen und in vielen Fällen das geordnete Zurücknehmen dieser Verbände unmöglich gemacht. Die Wirkung des deutschen Artillerie- und Minenfeuers gegen die englischen Artillerie- und Infanteriestellungen sei fast überall verheerend gewesen und hätte schwerste Opfer gefordert. Die deutschen Flieger seien vollkommen die Herren der Luft. Auf dem rechten englischen Flügel hätten vor allem die 55., 12. und Teile der 20. englischen Division schwer gelitten. Die 165. und 166. Brigade mußten als vollkommen vernichtet gelten. Von allen eingesetzten englischen Divisionen hätten aber bei weitem die 12. und 29. Division die schwersten Verluste erlitten, die 35. und 36. Brigade der 12. Division und Teile der 37. Brigade seien aufgerieben. Bei der 29. Division traten die Hauptverluste erst während der späteren Kämpfe um Mesnieres ein, auch diese sei so gut wie aufgerieben. Weitere schwere Verluste hätten die 6., 59., 47., 2., 56. Division vor allem die 1. und 3. Gardebrigade, die überstürzt zur Unterstützung bei Gonzecourt eingesetzt wurden, erlitten.

(). Berlin, 4. Jan. **Nach einer Depesche des „Berl. Lokalanzeigers" aus dem Haag sagte der Abg. Hogge im Unterhause, daß die englischen Verluste im Jahre 1917 mit Einschluß der Schlacht von Cambrai 850 000 Mann betragen habe. Seit Kriegsbeginn sind es mehr als 2 Millionen, darunter mindestens drei Viertel Million Tote.**

Absetzung englischer Generale.

WB. Berlin, 4. Jan. Infolge der englischen Niederlage bei Cambrai sind, nachdem der erste englische Anfangserfolg auf dem dortigen Schlachtfelde vorellig in London unter Glockengeläute und in den Reden Lloyd Georges als größter Sieg des Jahres gefeiert wurde, nunmehr 6 englische Generäle und eine große Anzahl englischer Generalstabsoffiziere abgesetzt worden.

Die Lage in Rußland.

Der Bürgerkrieg.

WTB. Amsterdam, 4. Jan. Die „Times" melden aus Petersburg: Berichte aus dem Süden bestätigen, daß Charkow jetzt ganz in den Händen der Maximalisten ist, die dort ansehnliche Streitkräfte zusammenziehen. Die Kosakenbezirke haben Kaledin für die Verteidigung ihres Gebietes so gut wie diktatorische Vollmacht gegeben. Es kam zu Gefechten zwischen Kosaken, die gegen Kaledin sind, und Anhängern Kaledins.

Der Kongreß der Bauern.

WB. Petersburg, 4. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Am 17. Dezbr. wurde in Samara der 31. Kongreß der Bauern eröffnet. Zum Präsidenten wurde der Bolschewist Ermolenko gewählt. Der Kongreß der Sojets der Bauern und Arbeiter und die eingesetzte Behörde entboten ihre Grüße der Regierung der Volkskommissare, der vier Fünftel der Sozialrevolutionäre der Linken anghören. Gestern wurde in Moskau eine Sitzung des Bauernkongresses des Gouvernements eröffnet. 70 stimmberechtigte Abgeordnete sind dazu angekommen. Die Mehrheit des Kongresses besteht aus Bolschewisten und linksstehenden Sozialrevolutionären. In das Präsidium wurden ausschließlich Bolschewisten und linksstehende Sozialrevolutionäre gewählt. Die Bauernausschüsse des Gouvernements Pskow beschlossen, als Abgeordneten für die verfassunggebende Versammlung das Mitglied der sozialrevolutionären Partei, Pokrowski, vorzuschlagen. Pokrowski verzichtete auf seine durch den Zentralausschuß vorgeschlagene Kandidatur, weil seine Richtlinien nicht mit denen der Bauern des Gouvernements Pskow übereinstimmen. Das Gouvernement Mohilew wählte Aufsentiew zum Mitglied der verfassunggebenden Versammlung. Die Vollversammlung der Beauftragten der Arbeiter und der Orcha Tovarnaja drückten ihr Mißtrauen gegen Aufsentiew hinsichtlich seiner Einberufung zur verfassunggebenden Versammlung aus.

Die Lostrennung von Litauen.

WTB. Berlin, 4. Jan. Zu der gestrigen uns aus Bern übermittelten Erklärung des litauischen Nationalrates in Lausanne über die Lostrennung Litauens von Rußland wird uns mitgeteilt, daß sich in der Erklärung insofern ein Irrtum befindet, als die von allen Litauern anerkannte Zentralstelle nicht der Nationalrat in der Schweiz, sondern der litauische Landesrat ist.

Die Treibereien der Entente.

() Berlin, 4. Jan. Zum Beweise, daß die englische Diplomatie ihre bekannten Treibereien in Rußland noch nicht eingestellt hat, bringt die „Voss. Ztg." die Mitteilung, daß am 20. Dezember 1917 in Kiew ein neues britisches Generalkonsulat errichtet wurde mit einer bei Konsulaten sonst nicht üblichen militärischen Abteilung zum Verkehr mit der ukrainischen Zentralrada.

Die Abreise Buchanans von Petersburg.

WB. Rotterdam, 4. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London vom 3. Januar, daß der englische Botschafter Buchanan krankheitshalber Petersburg verlassen habe. Die britische Kriegsmission sei ebenfalls abgereist.

Australasien.

Von Professor Dr. Alfred Manes.

Nichts würde sich in naher Zukunft politisch, wirtschaftlich und militärisch schwerer rächen, als wenn wir die Auffassung verträten, die belgische, die polnische oder eine andere europäische oder innerpolitische Frage sei für uns so dringend, und nähme unsere Kraft derartig in Anspruch, daß wir weder die Veranlassung noch die Möglichkeit hätten, uns gerade jetzt darum zu kümmern, wie dereinst die entfernteste Weltgegend aussehen wird. Denn darüber kann doch kein Zweifel bestehen: Wenn überhaupt einmal ein Friede zustande kommt, dann wird bei seinem Abschluß auf einen mehr oder minder langen Zeitraum hinaus eine so umfassende Neugestaltung oder Bestätigung aller Besitzverhältnisse auf dem ganzen Globus eintreten, daß man auch Australasien keineswegs dabei übergehen kann.

Australasien ist ein geographischer Begriff englischen Ursprungs, der in Deutschland noch keinallgemeines Heimatrecht gefunden hat, dessen Adoption aber zu empfehlen ist, weil wir für das in Betracht kommende Gebiet keine andere einheimische Bezeichnung kennen. Unter Australien verstehen wir nur das australische Festland, unter Neuseeland nur die beiden neuseeländischen Inseln, unter Ozeanien, Mikronesien oder Polynesien das Inselreich der Südsee. Australasien aber ist eine Zusammenfassung des australischen wie des neuseeländischen Kontinents, und des ganzen Inselreichs der Südsee. Diese Zusammenfassung ist durchaus keine künstliche, auch keine rein geographische, sondern, wie gerade der Weltkrieg auf deutlichste zeigt, ist Australasien auch ein politischer und ein wirtschaftlicher Begriff oder ein Programm, und hat für die Australier wie insbesondere für die Japaner keine geringere Bedeutung als für den Deutschen, Oesterreicher oder Ungarn der Begriff oder das Programm Mitteleuropa. Es drückt sich in ihm die Bildung eines Komplexes von Ländern und Völkern, eine Zusammenfassung von wirtschaftlichen, politischen, militärischen, kulturellen Erscheinungen aus, deren Zusammengehörigkeit und Zusammenfassung der Weltkrieg uns besonders klar gemacht hat.

Noch etwas anderes kann man aus dem Begriff Australasien herauslesen, was seine Urheber, vermutlich Engländer oder englische Koloniale, jedenfalls nicht in das Wort hineinlegen wollten: nämlich, daß es sich bei dem in Betracht kommenden Länder- und Meeresgebiet um eine Art Anhängsel von Asien handelt, gewissermaßen das australische Asien. So fassen wenigstens die Anhänger des japanischen Imperialismus die Lage auf.

Dieser japanische Imperialismus hat niemals glänzendere Aussichten, leichtere Erfolgsmöglichkeit besessen als in diesem Krieg, und je länger es bis zu dessen Beendigung dauert, desto unbegrenzter kann Japan sein Herrschaftsgebiet, sein politisches wie namentlich auch sein wirtschaftliches ungestört ausdehnen, und sich gewissermaßen als das privilegierte Land erweisen, welches durch den Weltkrieg die verhältnismäßig geringsten Nachteile erleidet, viel geringere wohl als zahlreiche neutrale Staaten, um so mehr Vorteile aber einheimst, wie immer der Krieg auch enden mag, vorausgesetzt, daß Japan sich nicht auch noch firre machen läßt und etwa Truppen in größeren Mengen auf den europäischen oder auf den kleinasiatischen Kriegsschauplatz wirft.

Der japanische Imperialismus hat als Ziel, das Mikadoreich zu einem Großbritannien des fernen Ostens zu machen. Den Riesenreichen Großbritannien, Rußland und China will man gleichkommen. Das Reich der zehntausend In-

---

Sylvias Ehe.

Roman von Erika Grupe-Lörcher.

(51) (Nachdruck verboten.)

„Sylvia, bist du wirklich gekommen, in der Nacht diesen weiten Weg allein zu mir her, wie ist das lieb von dir —"

„Sollte ich nicht kommen, da du mich rufst?" entgegnete sie und ergriff die Hand.

„Ich wäre nicht so anspruchsvoll gewesen, dich herzurufen, der Bursche da hat dir meinen Auftrag anders berichtet —, daß ich hier draußen mit einem Schuß in den Schenkel liege, daß du das wissen mögest — und daß der Arzt mich mit meinem Wagen holen sollte —"

„Was ist denn nun geschehen, wie kam das alles?"

„Als ich auf dem Rückwege hier an den See von Bay kam, unterhandelte ich mit einem Bootsmann, der mich den Pasig hinabfahren sollte, während der Diener und Pepe mit dem leeren Wagen und dem Reitpferd den Landweg nach Manila zurücklegen sollten. So hoffte ich, früher wieder bei dir zu sein, denn ein Mestize in Santa Cruz hatte mir anvertraut, daß Unruhen in Manila bevorständen und er stündlich Nachricht im Geheimbund erwarte, sich bereit zu halten. Da traf mich Ignatio der hier in Pasig auf die erste Verstärkung seiner kleinen Truppe rechnete. Er hatte, trotzdem ihm der Boden unter den Füßen brannte, Nachfragen nach mir angestellt, ob ich den Ort schon passiert habe, und fand mich, als ich die Anordnungen für mein Boot und für den Kistenwagen gab. Du kannst dir meinen Schrecken denken, als er mir in fliegender Hast alles Vorgefallene mitteilte. Wir saßen mit seiner kleinen Truppe hier in dem Wäldchen, da Ignatio die offene Landstraße meiden mußte. Er hatte die Sicherheit der Bergwälder aufgegeben, um zu mir zu stoßen und mich zu beschwören, mit der möglichsten Schnelligkeit zu dir zurückzukehren, da du in dieser gefahrvollen Zeit allein zurückgeblieben seiest. Als ich ihn drang, ob er wirklich einen größeren Aufstand gegen die Spanier aufnehmen wolle, wurden wir von einer Truppe spanischer Soldaten überrascht. Sie waren anscheinend den Pasig hinaufgefahren, um Ignatio den Weg ins Innere abzuschneiden, ehe er den See von Bay überschiffen konnte. Durch Zufall oder durch Verrat erfuhren sie Ignatios Aufenthalt hier im Wäldchen. Und da sie blind darauf los schossen, erhielt auch ich einen Schuß in den Schenkel."

„Ist es schlimm, ist es schmerzhaft? Wie konnten sie nur auch auf dich schießen!"

„Die Offiziere hatten jedenfalls die Weisung, Ignatio tot oder lebendig zu bringen. Ach, es waren schreckliche Augenblicke!"

Er lehnte sich zurück und schloß die Augen.

„Das Sprechen ermüdet dich — halte dich ruhig — du mußt es mir später erzählen!" sagte Sylvia besorgt. Sie sah mit Angst, daß er schmäler geworden war, daß sein Gesicht fahl erschien.

Sie neigte sich über ihn und strich ihm über das Haar voll besorgter Zärtlichkeit. Da nahm er ihren Kopf zwischen beide Hände und küßte sie.

„Liebste!" sagte er leise und lächelte, „ich habe ja immer geglaubt, daß dein Herz voller Liebe sein konnte! — Und daß du nur gekommen bist, ohne Zaudern —"

„Nun ich werde dich pflegen! Aber wenn wir nur zuerst zu Hause wären — hier kannst du doch nicht bleiben!"

„O, nein hier können wir nicht bleiben, hier in diesem Schmutz — wir müssen so schnell wie möglich nach Manila geschafft werden. Mit mir geht es noch — aber mit Ignatio —"

„Wo liegt er? Ist er verwundet —?"

„Dort drinnen in der Hütte liegt er!" Herbert senkte seine Stimme zum Flüsterton herab, und Sylvia beugte sich nieder. „Er liegt im Sterben, denn mehrere Kugeln haben ihn schwer getroffen —"

„Wir nehmen ihn mit, Herbert, unten am Fluß liegt die große Barke, ich werde auch ihn pflegen, er hat so viel für uns getan. Und wenn der Arzt ihm vielleicht auch nicht mehr helfen kann, so soll er doch nicht hier in der Einsamkeit, unter den fremden Händen Qualen leiden —"

„Aber wie hat er sich gewehrt! Sein einziger Gedanke war: den Spaniern nicht in die Hände zu fallen! Seine Kugeln und die seiner Truppe trafen mit solcher Sicherheit, daß die Soldaten die Gewehre fortwarfen und den Offizieren davon liefen. Die beiden Offiziere mußten sich wohl oder übel auch zurückziehen, da ihre Mannschaft Reißaus nahm. Aber Ignatio war verwundet zusammengebrochen. — Man trug uns dann in dieses Haus, dessen Bewohner davongestürzt waren, als die vielen Schüsse in ihrer unmittelbaren Nähe fielen."

Antonio kam die Treppe herauf und näherte sich bescheiden.

„O, Sennor!" meinte er, auf Herberts Wink herankommend, „Ihr müßt sicher große Schmerzen leiden, wenn ihr mit Euren Wunde in einer Hängematte liegen müßt —"

„Die Hängematte hat mir auf der Reise gute Dienste getan, aber nun bin ich froh, wenn ich mit diesen Schmerzen wieder in einem ordentlichen Bett liegen kann."

„Ich habe inzwischen mit Pepe unten zwei Tragbahren aus Bambus gezimmert, die fast fertig sind. Will Sennor sich nicht gleich von uns zur Barka tragen lassen, daß wir möglichst schnell in Manila sind?"

„Ich will Ignatio sehen, will sehen, ob wir ihn mitnehmen können —" meinte Sylvia und ging über die Azotea in die Hütte.

(Fortsetzung folgt.)

sein soll eine Ausdehnung erfahren, die es ermöglicht, daß Japan das natürliche Uebergewicht des russischen wie des chinesischen Reiches nicht mehr zu fürchten hat. Man ist keineswegs zufrieden mit einer Ausdehnung Japans auf dem asiatischen Festland, sondern man will die Vorherrschaft in der ganzen Südsee einschließlich Australien und Neuseeland gewinnen. Diese Ausdehnung wünscht man auf alle Fälle zu erzielen, so weit es geht mit friedlichen Mitteln, sei es durch Ankauf oder wirtschaftliche Eroberung. Für die Philippinen beispielsweise ist oft in der japanischen Presse der Ankauf von Amerika als zeitgemäß und zweckmäßig bezeichnet worden.

Nippons Ausdehnungsdrang hat, das muß immer wieder betont werden, zurzeit die denkbar günstigsten Aussichten. Die neuerdings vereinzelt erschienenen Behauptungen entgegengesetzter Art verdienen keinen Glauben, sie verallgemeinern unzulässigerweise ungünstige, stets unvermeidliche aber vereinzelte Schwankungen in Japans Wirtschaftsleben. Das Zerfleischen der Völker Europas, die keineswegs alle ihre heiligsten Güter wahren, die Politik der Vereinigten Staaten, die Hilflosigkeit der Australier und Neuseeländer, deren Schutz sogar den Japanern anvertraut ist, die unerhört glückliche finanzielle Lage des Mikadoreiches, das nicht nur keine Geldnot hat, sondern europäischen Staaten Geld leiht, alles das wirkt zusammen, den imperialistischen Zielen Nahrung zu gewähren und Aussichten auf Erfolg zu versprechen. Wie kann man das leugnen wollen?

Wenn man im allgemeinen von japanischem Imperialismus spricht, so denkt man an die Expansionslust des Mikadoreiches nach West und Ost oder Südost, nach China, Korea, der Mandschurei, Sibirien einerseits, nach den Vereinigten Staaten von Südamerika andererseits. Weit seltener denkt man dabei an eine japanische Ausdehnung gegen Süden in der Richtung nach dem Stillen Ozean, nach der deutschen Südsee zu und nach dem australischen und neuseeländischen Festland.

In den deutschen Südseebesitz haben sich bekanntlich mit den Japanern die Australier und Neuseeländer geteilt, ohne daß die einen oder anderen aber mit dem zur Zeit in ihrem Besitz Befindlichen irgendwie zufrieden waren. Die Japaner sehen nicht ein, warum sie auf den hochtropischen nördlichen Teil der Südsee beschränkt bleiben sollen, bei den Australiern wächst die stets vorhandene Ländergier im gleichen Maße, wie ihre Schwierigkeiten zunehmen, ihrem eigenen geradezu lächerlich dürftig besiedelten Kontinent natürlich oder künstlich eine auch nur irgendwie entsprechende Bevölkerung zu verschaffen. Die verschiedenartigsten Pläne zu einer Aufteilung der Südsee tauchen auf und verschwinden wieder. Unter den neuesten mag der erwähnt sein, daß die Fidjianer von einem Südseeinselreich mit Fidji als Hauptstadt träumen, während in allerletzter Zeit das Gerücht auftaucht, die Japaner dächten gar nicht daran, auf die Südseeinseln beim Friedensschluß Anspruch zu machen, sondern seien geneigt, diese den Amerikanern zu überlassen und sich mit China zu begnügen.

Dieser Gedanke einer amerikanischen Südsee, selbst einer Amerikonisierung statt Japanisierung von ganz Australien ist keineswegs völlig neu. Vielmehr ist schon lange vor Kriegsbeginn mehrfach von ernst zu nehmenden australischen wie neuseeländischen Staatsmännern verkündet worden, daß, wenn sich einmal der Lauf der Weltgeschichte so gestalten werde, daß das ferne englische Mutterland nicht mehr imstande sei, seine Töchterstaaten im Stillen Ozean zu schützen und (wie sie sagten) die bösen Deutschen (während sie wohl die viel schlimmeren Japaner meinten), die Hand nach den sozialen Wunderländern ausstreckten, so würde man die Flagge der Vereinigten Staaten dort hissen, die man für diesen Zweck bereit hält. Ganz besonders laut und deutlich trat diese Auffassung zu Tage, als kurz vor dem Kriege ein amerikanisches Geschwader die Haupthäfen Australiens besuchte und dort über alle Maßen gefeiert wurde. Die schönen Worte, mit denen man damals die amerikanische Marine in Dutzenden von Reden überschüttete, waren sicherlich ebenso ernst und aufrichtig gemeint, wie die Freundschaftsbeteuerungen unaufrichtig waren, die man in schlecht verhaltener Wut über Englands Japanpolitik beim Besuch der japanischen Marine während des Weltkrieges in den australischen Häfen an diese richtete.

Es scheint nicht unangebracht zu einer Zeit, in der die japanisch-amerikanischen Beziehungen doch vielleicht nicht ganz so vortefflich sind, wie man uns glauben machen will, an jene Dinge zu erinnern. Denn nehmen wir einmal den, wenn auch unwahrscheinlichen Fall, wir würden unsere gesamten Südseebesitzungen aufgeben wollen oder müssen, so hätten wir zweifelsohne doch trotz allem ein gewichtiges Wörtlein über unsere Erben in der Südsee mitzureden, und ob wir dann die Amerikaner oder die Japaner als Erben unserer Südseebesitzungen, womöglich auch als Erben in der Herrschaft über Australien und Neuseeland zu unterstützen bereit sind, kann von ausschlaggebender Wirkung auch für die Gestaltung der europäischen Landkarte werden. Dabei soll keineswegs verschwiegen werden, daß, wenn anders die Entwicklung der Besitzverhältnisse Australiens sich nach physikalischen und logischen Gesetzen gestaltet, ein Hereinfluten der gelben ostasiatischen Wellen in die menschenleeren Gefilde des fünften Erdteils geradezu als etwas von der Natur Gewolltes erscheinen muß. Keinen japanischen Staatsmann aber wird es wohl geben, der nicht überzeugt ist, daß das Mikadoreich von keiner Großmacht der alten oder neuen Welt weniger zu fürchten hat, als vor Deutschland, und aus diesem Grund erscheint es durchaus nicht widersinnig, wenn man an eine deutsche Südsee denkt, die mitten in einem völlig japanisierten Australasien liegt.

Die amerikanische Regierung und der Verbandsgeneralissimus.

TDU. Berlin, 4. Jan. Die „Times" veröffentlichte am 24. Dezember 1917 ein Telegramm ihres Newyorker Korrespondenten, in welchem es heißt: Die „New York Tribune" gibt in ihrem Leitartikel vom 21. Dezember ein Urteil der führenden Militärs in den Regierungskreisen der Vereinigten Staaten von Nordamerika wieder, daß die Bestellung eines Oberbefehlshabers für die Westfront notwendig sei. Das Blatt schreibt:

Für Clemenceau ist wahrscheinlich, von der Bekämpfung des Verrates im Innern abgesehen, keine Frage so wichtig, wie die des Oberbefehls. Es mag sein, daß er zurücktreten wird falls es ihm nicht gelingt, die Zustimmung Englands in dieser Frage zu gewinnen. Es steht den Amerikanern nicht zu, voreilig über den englischen Standpunkt abzuurteilen oder Englands Weigerung zu tadeln, seine Truppen einem Franzosen zu unterstellen. Indessen ist es eine Tatsache, daß das offizielle wie das nichtoffizielle Amerika in dieser Angelegenheit dem französischen Standpunkt zuneigt, und wenn die Frage zur Entscheidung kommt, was man tun müsse, dann dürfte Amerika ebenso wie Italien auf Seiten Frankreichs stehen. In dieser Frage kann es keine Kompromisse geben.

Der streitbare englische Abgeordnete und Fachmann in Schiffahrtsangelegenheiten Houston ließ sich von einem Beauftragten der „Sundaytimes" ausfragen. Zunächst klagte er lebhaft über den mangelhaften Schutz der Schiffahrt in der Bucht von Liverpool. Er meinte, daß die im Mersey liegenden Zerstörer besser durch Seeflugzeuge ersetzt würden, und gab seiner Verachtung für die stereotype Versicherung der Marinevertreter, daß die Marine ihr Bestes tue, durch den hämischen Rat Ausdruck, die Marine möge in diesem Gewässer schwimmende Zeichen in deutscher Sprache benutzen, in denen den deutschen U-Bootsbesatzungen gute Behandlung und eine gute Belohnung für den Fall der Uebergabe zugesichert werde. Dann führte er Beschwerde über Sir Leo Chiozza Morey, der zu Unrecht bestritt, daß die Marine schnelle und langsame Schiffe in einem Geleitzug von 4 bis 5 Knoten Geschwindigkeit zusammenfasse, wenn sie auch jetzt nach vielen Mahnungen diesem Uebelstand abzuhelfen suche. Der Rede Geddes vom 13. 12. zollte Houston eine gewisse Anerkennung, weil dieser darin zugebe, daß der Feind seine U-Boote schneller baue, als England sie versenken könne und die englischen Schiffe schneller versenkt würden, als England sie bauen könne.

Die russischen Forderungen und ihre Ablehnung.

Die Mitteilung des Reichskanzlers.

WB. Berlin, 4. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute Vormittag 10 Uhr zu einer neuen Beratung zusammen. Als erster Redner sprach Abg. Graf Westarp über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Im Anschluß an seine gestrigen Ausführungen ergriff Reichskanzler Dr. Graf von Hertling das Wort zu folgenden Erklärungen:

„Der Herr Vorredner hatte die Güte, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte sagte, daß das, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint eingetreten zu sein.

Schon früher hatte die russische Regierung während den Verhandlungen wiederholt den Wunsch aussprechen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Ort, etwa Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt die Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiter führen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß die Verhandlungen nach Stockholm zu außerordentlichen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt worden sind, funktionieren gut — in Stockholm auf Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden. Ich habe daher den Staatssekretär von Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.)

Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und Vornahme von Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt; wir können davon nicht abgehen. Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht." (Lebhaftes Bravo.)

Der Ausschuß vertagte sich nach diesen Erklärungen, um den Fraktionen Gelegenheit zu bieten, zunächst unter sich über diese Sitzung zu beraten.

* * *

Wir hatten bereits im gestrigen Abendblatt die Hauptpunkte der obenstehenden Erklärung des Reichskanzlers im Hauptausschuß des Reichstags kurz mitgeteilt. Die vorliegende ausführlichere Meldung bestätigt uns die gestrige Nachricht. Danach sind die Verhandlungen in Brest-Litowsk auf ernste Hemmnisse gestoßen und es ist zur Stunde noch nicht abzusehen, ob es den beiderseitigen Delegiertengruppen gelingen wird, sie so schnell und glatt aus dem Wege zu räumen, daß dadurch nicht die Gesamtverhandlungen gefährdet werden. Die ganze Verantwortung liegt einstweilen bei den Vertretern der Petersburger Regierung, die mit ihren übertriebenen Forderungen das entschiedene Nein der Regierungen des Vierbundes herausgefordert haben, und die sich nun darüber werden zu entscheiden haben, ob sie an diesem Widerspruch der Mittelmächte die ganzen Verhandlungen wollen scheitern lassen.

Auf die Unannehmbarkeit der Forderungen, die die Bolschewiki gestellt haben, und die sich auf eine Verlegung des Verhandlungsortes sowie auf die Punkte 1 und 2 unserer Vorschläge — Räumung der Gebiete und Volksabstimmung — beziehen, ist Graf Hertling im Hauptausschuß näher eingegangen. Den Gründen, aus denen die deutsche Regierung den Bolschewiki-Forderungen die Zusage versagt hat, wird man im deutschen Volk rückhaltlos zustimmen. In unserer Antwort auf das Friedensprogramm der Petersburger Regierung waren wir den unklaren ideologischen Völkerbeglückungs-Ideen der russischen Revolutionäre wahrlich schon weit genug entgegengekommen, in der Hoffnung, daß die Abgesandten des so dringend nach dem Frieden verlangenden Volkes im Laufe der Verhandlungen doch wieder auf einen realeren Boden zurückfinden würden. Diese Erwartungen scheinen sich nun, wenigstens bis jetzt nicht erfüllt zu haben. Die russischen Delegierten, die ja allerdings in ihren Entschließungen von den Einflüssen der Petersburger revolutionären Kreisen und vor allem der Presse in erheblichem Maße abhängig sind, scheinen des weiteren auch — ohne daß sie es vielleicht wußten und wollten — französischen und englischen Einflüsterungen erlegen zu sein.

Nur eine feste und unzweideutige Haltung des Vierbundes bietet allein die Möglichkeit, die ins Schwanken geratenen Brest-Litowsker Verhandlungen wieder in ruhige und zielsichere Bahnen zu lenken. Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, daß die Russen den Frieden, so sehr auch wir ihn wünschen, doch noch viel dringender und rascher nötig haben als die Mächte des Vierbundes. In Petersburg weiß man jetzt, wie weit die Grenzen unserer Nachgiebigkeit gehen und daß wir von unserer grundsätzlichen Auffassung über die militärische Räumung, die Volksabstimmung und den Versammlungsort nicht abgehen. Die Sache der Bolschewiki ist es jetzt, nachdem die Mittelmächte ihnen schon weit genug entgegengekommen sind, den Bogen nicht zu überspannen und den Weg wieder zurückzufinden auf den Boden verständiger Forderungen.

*

Die Verhandlungen des Hauptausschusses.

() Berlin, 4. Jan. Wie der „Berl. Lokalanz." erfährt, ist auf Veranlassung der Reichsregierung die heutige Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages um einige Stunden verschoben worden. Nach den neuen Dispositionen wird der Hauptausschuß nicht um 10 Uhr, sondern um ½12 Uhr zusammentreten. Die Veranlassung der Verschiebung liegt darin, daß der Reichskanzler die Parteiführer auf 10 Uhr zu Besprechungen zu sich gebeten hat. Der Wunsch der Reichsleitung, auch angesichts des Zwischenfalles in Brest-Litowsk in enger Fühlung mit der Volksvertretung vorzugehen, dürfte sich hieraus deutlich erhellen.

() Berlin, 5. Jan. Man erwartet, daß die heutigen Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages einen bedeutsamen Verlauf nehmen werden. So schreibt der „Vorwärts": Nach ihm entspricht die Nachricht, daß die Mehrheit auseinandergefallen sei, wenigstens zur Zeit nicht den Tatsachen. Der Versuch der Sozialdemokratie, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen, sei noch nicht aufgegeben und gelte im gegenwärtigen Augenblick nicht als hoffnungslos.

*

Die nationalliberale Fraktion zur politischen Lage.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion trat am 3. Januar zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Der Vorsitzende gab eine eingehende Darstellung der außenpolitischen Lage, insbesondere der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die sehr angeregte und ausführliche Aussprache ergab eine in allen grundlegenden Fragen übereinstimmende Auffassung. Insbesondere war die Fraktion darin einig, daß irgend eine Verlängerung des den Ententemächten angebotenen Termins zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen unter keiner Umständen eintreten dürfe, auch nicht, wenn sie von anderer Seite etwa verlangt werden würde. Ebenso stellte sich die Fraktion einmütig auf den Standpunkt, daß in bezug auf die wichtige Frage der notwendigen strategischen Grenzsicherungen dem Urteil der Obersten Heeresleitung maßgebende Bedeutung zukomme.

*

Die Friedensverhandlungen.

() Berlin, 4. Jan. Wie verschiedene Morgenblätter berichten, befindet sich augenblicklich ein offizieller Vertreter der Bolschewiki-Regierung in Dänemark, um wegen der Verlegung der Friedensverhandlungen nach Kopenhagen Besprechungen aufzunehmen.

WTB. Berlin, 5. Jan. Mit 7stündiger Verspätung, die durch starke Schneefälle verursacht worden ist, kam gestern nachmittag der türkische Großvesir Talaat Pascha in Berlin an. Nach einer Besprechung mit dem Reichskanzler und mit den zur Zeit in Berlin anwesenden hohen türkischen Staatsbeamten entschloß sich der Großvesir Talaat Pascha zunächst in Berlin zu bleiben.

WTB. Konstantinopel, 5. Jan. Gleichzeitig mit dem Großvesir Talaat Pascha sind die drei persischen Parlamentsmitglieder Salar Muazan, Mirza Ahmed und Khan Mirza Kasin Khan nach Berlin zu den Besprechungen abgereist.

*

Die Ukrainer in Brest-Litowsk.

hr. Berlin, 4. Jan. Das ukrainische Pressebüro verbreitet, einer Wiener Meldung der „Vossischen Zeitung" zufolge, nachstehende Mitteilung: Gemäß der am 26. Dezember von den Zentralmächten auf die Note der Rada erteilten Antwort sind in Brest-Litowsk Delegierte der Rada erschienen. Auf die Frage der Bolschewiki, ob sie die Autorität des Rates der Volkskommissare anerkennen, antworteten die Ukrainer „Nein". Dagegen begrüßten die ukrainischen die Delegierten des Vierbundes sehr freundlich.

() Wien, 4. Jan. Das ukrainische Generalsekretariat richtet eine Note an die Kriegführenden und Neutralen, in der es heißt:

Durch das Universal der ukrainischen Zentralrada vom 20. November 1917 wurde die Ukraine zur Stellung eines selbständigen Staates erhoben. Die ukrainische demokratische Republik regt die Bildung einer förderativen Republik an, welche alle Länder des einstigen Rußlands umfassen soll. Solange aber keine förderative Regierung existiert und die Frage der auswärtigen Vertretung der förderativen Regierung nicht geregelt wird, muß die ukrainische Republik selbständig internationale Beziehungen anknüpfen. Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates rät zum Weltfrieden und zum allgemeinen Frieden unter allen Staaten, welche jetzt Krieg führen.

Der Friede soll allen, selbst den kleinsten Völkern in jedem Staatengebilde Freiheit nach dem Prinzip der völkerrechtlichen Selbstbestimmung sichern. Die ukrainische Regierung wird an allen Friedensverhandlungen teilnehmen.

Von den Regierungen des Vierbundes traf eine Antwort auf die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Republik ein, in der es heißt: Es scheint, daß es unumgänglich notwendig ist, daß die Vertreter der ukrainischen demokratischen Republik an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei halte es für notwendig, zu erklären, daß sie bereit sind, Vertreter der ukrainischen Republik als Teilnehmer der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zu begrüßen.

Gezeichnet ist die Antwort: Kühlmann, Czernin, Popow, Nessimi. Die Antwort erfolgte im Einvernehmen mit der russischen Delegation.

*

Die Haltung der Alliierten.

WB. Bern, 4. Jan. Die französische Presse beruhigt sich über den Abschluß des Waffenstillstandes nicht. Sie ergeht sich in scharfen Ausfällen gegen die Maximalisten und betrachtet die Folgen des Waffenstillstandes in einigen besonderen Punkten. Die erwarteten Rückwirkungen auf die Westfront geben der Presse Anlaß, an Frankreichs Energie zu appellieren. Man müsse jetzt durchhalten, bis die Amerikaner kommen. Ein Durchbrechen an der Westfront sei nicht zu befürchten, dagegen würden wohl die Amerikaner ihrerseits den Durchbruch bewerkstelligen können.

WTB. Bern, 4. Jan. Wie „Corriere della Sera" meldet, fand in Rom gestern ein fünfstündiger Ministerrat statt, dem alle Minister außer dem in Paris weilenden Nitti beiwohnten. Der Ministerrat beschäftigte sich mit wichtigen inneren Fragen besonders politischer und militärischer Natur.

Berlin, 4. Jan. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, sei in Paris davon die Rede, die französische Regierung werde dem Wunsch der französischen Sozialisten insofern entgegenkommen, als Albert Thomas die Erlaubnis erhalten habe, sich mit einer französischen Mission nach Petersburg zu begeben.

Berlin, 4. Jan. Der Petersburger „Prawda" zufolge bewilligt die russische Regierung, wie dem „Berl. Tagebl.", von der schweizerischen Grenze berichtet wird, keine Fristverlängerung an die Alliierten.

Berlin, 4. Jan. Nach dem „Berl. Tagebl." berichtet die „Morningpost" daß die bevorstehende neue amtliche Erklärung der Alliierten über die Bedingungen, unter denen sie zu Friedensbesprechungen bereit sind, keine Aenderung der bisherigen Erklärungen der Entente in der Frage der Kriegsziele bringen. Infolgedessen ist der Gegensatz der Grundsätze zwischen den beiden Mächtegruppen vorläufig noch unüberbrückbar.

* * *

Anerkennung der Bolschewiki-Regierung durch die Entente?

)(Berlin, 4. Jan. Reuter meldet aus London: „Daily Chronicle" und „Daily News" fordern, daß die Alliierten die russische Regierung anerkennen. „Daily Chronicle" meldet weiter: Wie verlautet, ist es möglich, daß die Westmächte infolge des Verlaufs der Verhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten die Regierung Lenins dennoch tatsächlich anerkennen werden. Demnächst wird eine Darlegung der Politik der Alliierten in demokratischem Sinne abgesandt werden. Es ist möglich, daß auch der neue russische Botschafter in London, Litwinow, anerkannt werde.

Der englische Botschafter Buchanan wird laut „Frankf. Zeitung" durch einen Diplomaten ersetzt werden, der mit dem Ideengang des revolutionären Rußland übereinstimmt. Die „Times" erklärt, Buchanan habe Urlaub erhalten, weil seine Gesundheit erschüttert sei. Es sei unwahrscheinlich, daß jetzt bereits ein Nachfolger ernannt werde. Wenn jedoch die Ereignisse in Petersburg es wünschenswert erscheinen ließen, die Botschaft in Petersburg aufrecht zu erhalten, so werde sie unter Leitung eines Geschäftsträgers gestellt werden.

* * *

Wilson an Lloyd Georges.

() London, 4. Jan. (Reutermeldung.) Lloyd George empfing folgende Botschaft des Präsidenten Wilson: „Ich bin sicher, der Dolmetscher sowohl der Gefühle und Absichten des Volkes der Vereinigten Staaten wie meiner eigenen zu sein, wenn ich Ihnen durch Sie der Regierung und dem Volke Großbritanniens die Botschaft der Zuneigung und des Entschlusses übersende und weiterhin jede Hand und Hilfsquelle in den Vereinigten Staaten an die gebieterische Aufgabe und Pflicht setze, für die Welt einen ehrenhaften und dauerhaften Frieden zu erkämpfen, der sich auf der Gerechtigkeit und Ehre aufbaut und der Welt und den Völkern, den großen wie den kleinen, eine gleiche Behandlung sichert. Ihre eigene Botschaft namens des britischen Kriegskabinetts wird hoch eingeschätzt und findet bei uns einen freundlichen Widerhall."

* * *

Ein beachtenswerter Artikel der „Daily News".

WTB. Bern, 5. Jan. „Daily News" schreibt in einem Leitartikel vom 1. Januar: Die deutschen Friedensbedingungen an Rußland bieten eine greifbare Grundlage für Verhandlungen, und wir entnehmen dem nicht amtlichen Bericht über die Antwort des Premierministers an die Arbeiter-Abordnung, daß er zum Gegenstand einer formellen und wohlerwogenen Erklärung der Alliierten gemacht werden soll. Tatsächlich läßt sie sich nicht länger aufschieben. Wäre sie vor Jahresfrist erfolgt, so böte vermutlich die Geschichte des Jahres 1917, besonders was Rußland anbetrifft, ein ganz anderes Bild. Jetzt aber kann sie nicht mehr aufgeschoben werden, weil die Demokratie dieses Landes durch ein mächtiges Organ bestimmt hat, daß sie abgegeben wird. Wiederherstellung und Entschädigung müssen der Gerechtigkeit entsprechend erfolgen. Sie stehen aber an Bedeutung zurück gegen eine Neuordnung der Welt, die ihrer Grundlage nach die Sicherheit gegen eine Wiederholung der Katastrophe bietet. Wenn unser Hauptziel aber die Sicherheit ist, so wird dadurch, daß dieses Prinzip völlig klargestellt und der Plan eines Völkerbundes an den Kopf des Programms, für das wir kämpfen, gesetzt wird, nichts verloren und alles gewonnen. Die Sorge um seine Sicherheit hält das deutsche Volk in Banden. Man beseitigt diese. Wie man über den Völkerbund denken mag, jedenfalls darf die formelle Erklärung, daß eine Verständigung auf der Antebellumbasis das höchste Ziel der Alliierten ist, nicht länger aufgeschoben werden. Das ist die Neujahrsbotschaft, die wir von der Staatskunst Europas erwarten. Wenn sie mit unzweideutiger Stimme abgegeben wird, dann werden die Territorialfragen in der neuen Atmosphäre von Hoffnung und Gesundung, die sich um diese erbitterte Welt verbreiten, an Schwierigkeit verlieren.

*

Rückgabe deutscher Schiffe.

bz. Berlin, 4. Jan. Bei einem Friedensschlusse mit Rußland werden natürlich auch eine Anzahl deutscher Schiffe wieder zurückgegeben werden, die vor dem Kriegsausbruch in russische Hände gekommen sind. Von unseren Handelsschiffen in der Ostsee nahmen die Russen zu Beginn des Krieges im August 1914 11 Segler mit zusammen 1 600 Bruttoregistertonnen und 56 Dampfer von zusammen 75 900 Registertonnen weg. Im Schwarzen Meer hielten sie drei deutsche Dampfer mit 12 000 Tonnen fest. Es ist zu erwarten, daß Rußland keinerlei Schwierigkeiten wegen der Zurückgabe machen wird. Nicht in Frage kommen Schiffe, die nach Kriegsausbruch gekauft wurden, sowie von uns im Sperrgebiet aufgebrachten, die nicht zurückzugeben sind, da sie nicht als Prise gelten können und für die dementsprechend auch keine Entschädigung zu zahlen ist.

Was das amerikanische Heer in Frankreich nötig haben wird.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt im Morgenblatt vom 23. 12.: Die „Saturday Evening Post" in Philadelphia hat untersucht, was für den Transport des ersten amerikanischen Heeres von 500000 Mann nach Frankreich und die Beförderung in diesem Lande nötig sein wird. In Frankreich werden dazu 40 000 Eisenbahnwagen erforderlich sein. Die Amerikaner werden für die 25 Schiffe, die an jedem Tag zu löschen sein werden, vier Häfen anlegen und Werften bauen müssen. 250 Schiffe werden benötigt, um die halbe Million Menschen dauernd mit Vorräten zu versehen. Ungefähr 1000 amerikanische Lokomotiven müssen nach Frankreich transportiert werden, dazu Eisenbahnschienen für Tausende von Meilen. Weiterhin werden benötigt: 1000 Waggons für Kohlentransporte, Ambulanzzüge und zahllose Motorwagen um Nahrungsmittel, Munition, Benzinvorräte, Feldschmieden usw. zu transportieren. Außerdem müssen die Vereinigten Staaten monatlich 51 000 Tonnen Kohlen nach England verschiffen.

Glücklicherweise gibt es, so schreibt das amerikanische Blatt, in Frankreich genug Holz, aber es werden 15 000 Mann nötig sein, um die Bäume zu fällen, zu sägen und für diese erste halbe Million der Union zu arbeiten. Alles in allem ist ein Arbeiterheer von beinahe 1900000 Mann erforderlich, um das zu transportierende Material zu behandeln. Darin einbegriffen sind 5500 Mann für die Forstaufsicht, 49 000 für Eisenbahnarbeiten und 100 000 als Hafenarbeiter, und für verschiedene Arbeiten. Monatlich wird für diese Leute an Nahrungsmitteln (in englischen Pfunden) nötig sein: 13 350 000 Fleisch, 3 375 000 Speck, 13 350 000 Mehl, 14 830 000 Kartoffeln, 1 046 600 Kaffee und 3 000 000 Zucker. An Kleidern müssen alle sechs Monate neu beschafft werden: 1 050 000 Hosen, 1 070 000 Hemden, 1 470 000 Paar Schuhe, 1 890 000 Paar Socken, 1 373 000 Hüte und Mützen, 3 444 000 Paar Unterzeug, 504 000 Decken, 210 000 Mäntel, 210 000 Paar Gummischuhe.

Es wurden auch Zahlen über das Sanitätspersonal mitgeteilt. Man meint, daß die Vereinigten Staaten an Aerzten, Pflegern und Krankenwärtern im Ganzen 56 000 Mann nötig haben werden, von denen 5000 Aerzte und Chirurgen sein müssen.

Außerdem werden überall in Frankreich große Lazarette für die amerikanischen Truppen errichtet werden müssen. Das amerikanische Heer braucht zwei Feldlazarette für je 25 000 Mann an der Front; jedes dieser Lazarette muß 1000 Betten besitzen. Für jedes Bett sind 6—8 Laken, 4 Kissenbezüge und 3 Decken nötig. Außerdem müssen 94 000 Tonnen Arzneimittel nebst 20 000 Tonnen zur Ergänzung für die ersten sechs Monate vorhanden sein.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 5. Januar 1918.

= **Fahrplanänderungen.** Vom 7. Januar an wird der Personenzug 933 anstatt ab Achern Werktags in nachstehendem Fahrplan ab Appenweier geführt: Appenweier ab 5.17 Uhr, Renchen ab 5.27 Uhr, Oensbach ab 5.32 Uhr, Achern an 5.38 und ab 5.40 Uhr vorm. und weiter wie vorgesehen.

= **Badischer Kunstverein.** Neu zugegangene Werke von: K. Boehme, Karlsruhe; O. von Dallwitz, Wiesbaden; A. Lemmer, Karlsruhe; Prof. P. von Ravenstein, Karlsruhe; J. Rehder, Ettlingen; A. Reiß, Bruchsal; E. Rosenstand, Baden-Baden; N. Schmitt, Karlsruhe; M. G. Wytwiorski, München.

= **Weinbau.** In der Zeit vom 22.—25. Januar, beginnend am Dienstag den 22., vormittags 9 Uhr, veranstaltet die Hauptstelle für Pflanzenschutz in Baden an der Gr. Landw. Versuchsanstalt Augustenberg einen Kursus über Rebkrankheiten und ihre neuzeitliche Bekämpfung. Den Teilnehmern wird Gelegenheit geboten, die Ergebnisse der neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Bekämpfung von Peronospora, Mehltau, Heu- und Sauerwurm und Reblaus kennen zu lernen, sowie eine Uebersicht über alle die Fragen zu erhalten, die zurzeit im Vordergrund des Interesses jedes Weingutsbesitzers stehen. Der Kurs ist kostenlos. Anmeldungen sind bis zum 15. Januar an die Landw. Versuchsanstalt einzureichen. In begründeten Fällen kann Teilnehmern Ersatz der Reise- und Verpflegungskosten gewährt werden.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratssitzung vom 3. Januar 1917.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Oberbürgermeister den neugewählten Stadtrat Heinrich Sauer.

Kreuzer „Karlsruhe". Die Besatzung S. M. S. „Karlsruhe" hat der Stadtverwaltung durch Fernschrift herzlichen Glückwünsche zum neuen Jahre gesandt. Die Wünsche wurden aufs herzlichste erwidert.

Danksagung. Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Dusch dankt dem Stadtrat für ein Schreiben, in dem der Oberbürgermeister ihm aus Anlaß seines Uebertritts in den Ruhestand das Bedauern der Stadtverwaltung über sein Ausscheiden aus seinen Aemtern und zugleich deren Dank für das während seiner langjährigen Wirksamkeit ihr stets erwiesene Wohlwollen und Entgegenkommen ausgesprochen hat.

Liebesgaben. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von den Schreiben verschiedener Karlsruher Truppenteile, worin diese ihrer Freude und Dankbarkeit über die zu Weihnacht empfangenen Liebesgaben der Stadt Karlsruhe Ausdruck geben.

Ergänzungswahl des Bürgerausschusses. An Stelle des in den Stadtrat gewählten Stadtverordneten, Geschäftsführers Heinrich Sauer, wird Schmied Bernhard Kruse als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angehörender Bewerber der sozialdemokratischen Partei zum Stadtverordneten berufen.

Wärmehallen. Die in der Hardtstraße-Schule (Stadtteil Mühlburg), Turnhalle und in der Uhland-Schule II, Schützenstraße, Turnhalle, eingerichteten Wärmehallen werden wieder aufgehoben, da dieselben kaum benützt werden.

Schenkung. Herr Hauptlehrer Schilling hat der Stadt Karlsruhe zur Verwendung im Zeichenunterricht der Schiller-Schule eine größere Sammlung von körperlichen Vorbildern geschenkt, die er persönlich hergestellt hat. Der Stadtrat spricht dafür verbindlichsten Dank aus.

Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung. Gegen einen Dreher aus Durlach wird bei Gr. Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Beleidigung einer Straßenbahnschaffnerin in Ausübung ihres Dienstes gestellt.

Straßenbahnhaltestellen. Die Haltestelle an der Freybergstraße (Grenadierkaserne) wird auf Ersuchen des Ersatz-Bataillons wieder hergestellt. Die Haltestelle an der Beethovenstraße aufgehoben und die frühere an der Weberstraße wieder errichtet.

Karlsruher Lokalbahnen. Das Bahnamt wird zur Beschaffung von 8 Tafelwagen für die Lokalbahnen zur Beförderung von Staatsbahngüterwagen ermächtigt. Davon sind 5 Stück für Anschließer bestimmt und werden von denselben bezahlt, während die übrigen 3 für die Lokalbahnen selbst benötigt werden. Der Aufwand für letztere mit rund 24 000 ℳ ist aus Anlehensmitteln zu bestreiten und beim Bürgerausschuß anzufordern.

Vergebung von Stipendien. Aus dem Zinsenerträgnis der Kaiser-Friedrich-Stiftung für das Jahr 1917 (die Zinsen sind dazu bestimmt, arme, aber befähigte und sittlich würdige junge Leute der Stadt zu tüchtigen Mitgliedern des Gewerbestandes heranzubilden) werden Stipendien im Gesamtbetrage von 1145 ℳ an 75 Bewerber und Bewerberinnen vergeben.

Deutsches Forschungs-Institut für Textil-Ersatzstoffe in Karlsruhe.

Im Großh. Ministerium des Innern fand am 21. Dezember 1917 unter dem Vorsitz des Ministers eine Besprechung statt, in den über den Ausbau der seit Jahresfrist in Karlsruhe bestehenden „Forschungsstelle für Textilersatzstoffe" beraten wurde. An der Besprechung nahmen u. a. teil von seiten des stellvertr. Generalkommandos des 14. A.-K. der stellvertr. kommandierende General Exc. Isbert, ferner Geh. Rat Prof. Dr. Bunte, Dr. Hölscher von der Reichsbekleidungsstelle, Major Holz vom Bekleidungsbeschaffungsamt, weiter Vertreter bedeutender Industriegruppen und Verbände, sowie sehr zahlreiche hervorragende Industrielle, insbesondere aus der Textilindustrie aus allen Teilen Deutschlands. Ein Vortrag von Herrn Prof. Dr. Ubbelohde von der Techn. Hochschule in Karlsruhe über bisherige Arbeiten der Forschungsstelle wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem über 600 Personen und Firmen schon früher ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an dem Ausbau der Forschungsstelle erklärt hatten, wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, die bestehende Forschungsstelle zu dem „Deutschen Forschungs-Institut für Textilersatzstoffe" in Form einer Körperschaft zu erweitern. Das Institut, für welches Mittel sicher gestellt worden sind, soll ebenso wie die Forschungsstelle eine Sammel- und Forschungsstätte auf dem Gebiete der Textilersatzstoffe sein und im engsten Einvernehmen mit der Industrie seine Wirksamkeit auf das ganze Deutsche Reich erstrecken. Das Kuratorium, bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie, kann sich durch Zuwahlen ergänzen. Als geschäftsführender Vorstand wurden Prof. Dr. Ubbelohde und Rechtsanwalt Peter bestellt. Ersterer ist auch der wissenschaftliche Leiter des Instituts.

Gerichtsverhandlungen.

N. Karlsruhe, 3. Jan. Der Monteur Alfred Haug aus Wurm machte mit einem Deserteur in Pforzheim neun Einbrüche in Wohnungen und in das Sonnenbad, zum Teil unter Mitführung von Revolvern und Gewehren. Sie stahlen dann, was ihnen in die Hände fiel: Geld, Kleidungsstücke, Stiefel, Eier u. a. Bei einem Einbruchsdiebstahl war auch der Hilfsarbeiter Heinrich Ott mittätig. Die Strafkammer verurteilte wegen schweren Diebstahls Haug zu 9 Monaten Gefängnis, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft, Ott zu 6 Wochen Gefängnis abzüglich 2 Wochen Untersuchungshaft. Die Haftbefehle bleiben bestehen. — Der Gärtner Eugen Willmann aus Villingen war früher in Pforzheim beschäftigt. Seine Kenntnis der Oertlichkeiten benutzte er später zu Einbruchsdiebstählen. Von Mannheim aus, wo er mit seiner Frau wohnte, machte er Fahrten nach Pforzheim, wie er seiner Frau angab, um Hasen und Geflügel einzukaufen, in Wirklichkeit aber um zu stehlen. So entwendete er in der Nacht vom 10. auf 11. November auf dem Weiertsberge zwei Stallhasen und ließ bei dem Diebstahle seine Brieftasche am Tatorte zurück. Dadurch konnte der Dieb leicht festgestellt werden. Später gab Willmann freiwillig an, daß er auch im Februar 1917 in Pforzheim Hasen gestohlen hatte. Wegen mehrfachen, teils schweren Diebstahls wurde Willmann zu 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

*

Die Diebstähle im Schloß Wilhelmshöhe.

)(Kassel, 4. Jan. (Priv.-Telegr.) Der des Diebstahls einer Anzahl Kunstgegenstände aus dem königlichen Schloß zu Wilhelmshöhe angeklagte 17jährige Hilfsdienstpflichtige Wilke wurde heute von der Strafkammer zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, während der Antiquar Nadel, ein geborener Russe, unter dessen Einfluß Wilke gestanden hat, wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Letzte Drahtberichte.

WTB. Berlin, 5. Jan. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser hörte gestern den Generalstabsvortrag und empfing den schwedischen Gesandten Minister von Essen in Antrittsaudienz im Beisein des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Bussche und des Einführers des diplomatischen Korps, Vizeoberzeremonienmeister von Röder. Zur Frühstückstafel waren geladen spanischer Botschafter Polo de Bernabe, niederländischer Gesandter Baron Gevers, schwedischer Gesandter Freiherr von Essen und Unterstaatssekretär Freiherrn von dem Bussche.

)(Berlin, 4. Jan. Generalfeldmarschall von Hindenburg ist am 2. Januar, General Ludendorff am 4. Januar abends von Berlin in das Große Hauptquartier zurückgekehrt.

WTB. Berlin, 4. Jan. Der „Reichsanzeiger" meldet: Der Kaiser verlieh dem General der Art. von Gallwitz, Oberbefehlshaber der 5. Armee, und dem General der Inf. Sixt von Armin, Oberbefehlshaber der 4. Armee, den Orden vom Schwarzen Adler.

Rücktritt eines ungarischen Ministers.

WTB. Budapest, 5. Jan. Nach Blättermeldungen hat der Minister für Volksernährung, Graf Johann Hadik, seine Entlassung eingereicht.

Die holländische Staatsanleihe.

WB. Haag, 5. Jan. (Amtlich). Wie verlautet, ist die Staatsanleihe überzeichnet worden.

Die Entlassung Tschitscherins.

WTB. Amsterdam, 5. Jan. Nach dem „Allgemeen Handelsblad" berichtet „Daily Chronicle", daß Tschitscherin, bevor er das Gefängnis in Brixton verließ, eine lange Unterredung mit Arthur Henderson hatte. Arthur Henderson teilte ihm die Ansicht der englischen Arbeiterpartei über Krieg und Frieden, sowie seine Stellung gegenüber Rußland mit. Tschitscherin wird diese Mitteilung der Bolschewiki-Regierung übermitteln.

Gestrandete Dampfer.

WB. Rotterdam, 5. Jan. „Maasbode" meldet, daß der englische Dampfer „Polen" bei Galteville auf ein Wrack gestoßen und gestrandet ist. Ein anderer englischer Dampfer, dessen Name unbekannt ist, ist dort ebenfalls gestrandet.

Zusammenschluß englisch-französischer Dampferlinien.

WB. London, 5. Jan. (Reuter). Laut Liverpooler Korrespondent wird der Zusammenschluß der am nordatlantischen Handel beteiligten englischen und französischen Dampferlinien zur Regelung des Reiseverkehrs und der damit zusammenhängenden Fragen unter Ausschluß der Linien der feindlichen Länder amtlich bekannt gegeben.

Streik-Unruhen in Buenos-Aires.

() Berlin, 5. Jan. Laut „Berl. Tagebl." erfährt „Daily Mail" aus Buenos Aires daß ein Streik in den Fabriken für Lebensmitel die ernstesten Unruhen veranlaßt habe. In einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizei wurden viele Personen verwundet und Hunderte verhaftet.

Polen.

)(Warschau, 4. Jan. Zwischen dem polnischen Regentschaftsrat und den Monarchen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns fand, wie das Pressebüro des politischen Departements der polnischen Regierung mitteilt, aus Anlaß des Neujahrswechsels ein Austausch von Glückwunschdrahtungen statt.

Kleine Mitteilungen.

Sturmflut an der Ostsee.

Berlin, 4. Jan. Wie der „Berl. Lokalanz." aus Stettin berichtet, zerriß die Sturmflut bei Dankerort 200 Meter Dämme. Die Ostsee flutet bis Bukowerst. Dankerort ist überschwemmt und äußerst bedrängt.

Explosion.

WTB. Stockholm, 3. Jan. Wie „Djelo Naroda" erklärt, hat am 23. Dezember auf der Station Betschunovka eine Explosion stattgefunden, bei der 2 Militärzüge mit Kosaken, die nach dem Dondistrikt zurückkehren wollten, vernichtet wurden 2000 Mann fanden den Tod.

* * *

Eisenbahnunfälle.

)(Karlsruhe, 4. Jan. Auf der Strecke Durmersheim—Karlsruhe riß sich gestern abend der hintere Teil eines Güterzuges ab, in den der von Rastatt kommende Schnellzug hineinfuhr. Sechs Wagen des Güterzuges wurden mehr oder weniger schwer beschädigt. Beide Gleise waren kurze Zeit gesperrt.

WTB. Warschau, 4. Jan. Während eines kräftigen Schneesturmes stießen gestern in der Nähe des Wiener Bahnhofes in Warschau zwei Personenzüge zusammen, wobei nicht unerheblicher Sachschaden entstand. Der Zugführer eines Zuges wurde getötet, zwei Reisende wurden schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Größere Betriebsstörungen sind nicht eingetreten.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle.

2. Jan.: Maximilian Brauer, Hofkirchenmusikdirektor, Ehemann, 62 J. — 3. Jan.: Irma, 11 Tg., V. Ludwig Klausterer, Oberpostassistent; Philipp Bechtold, Maler, Ehemann, 66 J.; Albert Voegele, Obersteuerinspektor, Ehemann, 65 J.; Kaspar Schmid, Glasermeister, Ehemann, 62 J. — 4. Jan.: Gertrud, 2 Tg., V. Richard Hellgrebe, Schutzmann,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Colosseum

Täglich abends pünktlich 8 Uhr: **VORSTELLUNG.**

SONNTAG, den 6. JANUAR 1918:

Zwei Vorstellungen

nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr. 1679

Gas-Sperre

betreffend.

Die Entnahme von Gas während der am 2. ds. Mts. bekanntgegebenen Sperrzeiten ist verboten. Ausnahmen können nur in besonders dringenden Fällen auf ausführlich begründeten Antrag in jederzeit widerruflicherweise gestattet werden. Anträge sind schriftlich an das unterzeichnete Amt einzureichen.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen sind während der Sperrzeiten alle Gashahnen geschlossen zu halten und alle Zündflammen abzustellen.

Die Einhaltung der Vorschriften wird durch Beauftragte des Gasamtes überwacht werden. Zuwiderhandelnde haben den Entzug des Gases zu erwarten. J. 2

Karlsruhe, den 4. Januar 1918.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Danksagung.

Ihre Exzellenz die **Frau Oberstthofmeisterin Gräfin Andlaw** hat mir im Andenken an ihren unlängst verewigten Gatten die Summe von **1000 Mark** zur Verwendung für die Armen der Stadt übergeben. Für diese reiche Spende spreche ich herzlichen Dank aus.

Karlsruhe, den 4. Januar 1918. M1

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger" und das „Amtliche Verkündigungsblatt" veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königlichen Stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 22. Dezember 1917 Nr. W. IV. 300/12. 17 KRA, betreffend **Beschlagnahme und Meldepflicht aller Arten von neuen und gebrauchten Segeltuchen, abgepaßten Segeln, einschließlich Liektauen, Zelten (auch Zirkus- und Schaubudenzelten), Zeltüberdachungen, Markisen, Planen (auch Wagendecken), Theaterkulissen, Panoramaleinen.** Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt, wie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen. 1

Karlsruhe, den 31. Dezember 1917.

Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Das Standesamt

ist in Zukunft für das Publikum

an **Werktagen** von **9—12** und **2—5 Uhr,**
Samstags von **9—12** und **½4—5 Uhr geöffnet.**
An **Feiertagen,** die auf Werktage fallen, von **8—9 Uhr vormittags** nur für die Entgegennahme von **Sterbfallsanzeigen.** B 1.

Der Vorstand und stellv. Standesbeamte:
Krutina.

Handelsschule der Stadt Karlsruhe.

Zirkel 22.

Abteilung Fachkurse.

An der städt. Handelsschule, Zirkel 22, beginnen am **7. Januar 1918** nachstehende **Tages- u. Abendfachkurse** für freiwillige Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

1. **Fremdsprachen:**
   Französisch, Englisch, Spanisch und **Italienisch.**
2. **Kaufmännisches Rechnen:**
   Prozent-, Zins-, Kontokorrent- und Effektenrechnen.
3. **Buchhaltung:**
   Abteilungen für Anfänger und Fortgeschrittene.
4. **Handelskunde und Briefwechsel.**
5. **Schreiben:**
   Deutsche und lateinische Schrift, Rundschrift.
6. **Stenographie:**
   Systeme Stolze-Schrey und Gabelsberger, Abteilungen für Anfänger, Fortgeschrittene und für Redeschrift.
7. **Maschinenschreiben.**

Unterrichtszeit: Der Unterricht in den **Abendkursen** findet in der Zeit von ½8—½10 Uhr statt.

Kursdauer: Vom 7. Januar bis 28. März 1918.

Gebühr: Für einen Kurs mit 4 Wochenstunden sind für die Zeit vom 7. Januar bis 28. März 1918 Mk. 10.— bei der Anmeldung oder am ersten Unterrichtstage zu entrichten. **Rückvergütungen** werden nicht gewährt.

Auf Wunsch werden am Schluß der Kurse über Besuch und Leistungen **Zeugnisse** erteilt.

Anmeldungen werden täglich in den üblichen Geschäftsstunden, außerdem am 2., 3. und 4. Januar, abends zwischen 6 u. ½9 Uhr in der Kanzlei der Handelsschule, Zirkel 22, entgegengenommen.

Karlsruhe, im Dezember 1917. 231

Das Rektorat.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Samstag, den 5. Januar 1918: Sondervorstellung.

Die Fledermaus.

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

An die Arbeiter, Arbeiterinnen und Betriebs-Beamte

der Deutschen Waffen- und Munitions-Fabriken.

Da die **Hindernisse,** welche der **Wiederaufnahme der Arbeit gleich nach Jahresbeginn entgegenstanden, noch immer nicht behoben sind, muss der Betrieb in sämtlichen Werkstätten** der Firma in **Karlsruhe** und **Grötzingen** noch weiter und zwar noch bis zum 1030

9. Januar 1918 einschliesslich

eingestellt bleiben.

Wiederaufnahme der Arbeit am **Donnerstag, den 10. Januar 1918.**

An diesem Tage haben die für die **Tagschicht** eingeteilten Personen **morgens 7 Uhr,** die für die **Nachtschicht** bestimmten **abends 7 Uhr pünktlich** zu erscheinen.

Karlsruhe, den 4. Januar 1918.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

Städtische Sparkasse Karlsruhe. 58

Rechnungsergebnisse und Vermögensstand für 1916.

Nach Vorschrift des § 79 der Sparkasse-Rechnungsanweisung bringen wir die summarischen Ergebnisse der Rechnungen der städtischen Spar- und Pfandleihkasse und der Schulsparkasse für das Jahr 1916 zur öffentlichen Kenntnis.

Einnahmen	Spar- u. Pfandleihkasse ℳ	₰	Schulsparkasse ℳ	₰
1. Kassenvorrat	24 402	—	1 570	65
2. Rückstände	65 726	04	—	—
3. Von Liegenschaften	2 110	61	—	—
4. Zinse von Kapitalien und anderen Forderungen	2 374 361	51	9 698	44
5. Gebühren	10 425	47	1	80
6. Sonstige Einnahmen	50 580	81	—	—
7. Erlös aus Sparmarken	—	—	—	—
8. Vorschüsse	12 186 819	33	—	—
9. Ausgleichungsposten	879 378	68	33	65
11. Spareinlagen u. kapitalisierte Zinsen	21 086 579	92	29 179	45
13. Heimbezahlte Kapitalien	7 715 664	57	2 500	—
14. Aufgenommene Kapitalien	9 725 870	67	25 000	—
Summe der Einnahmen	54 121 919	61	67 983	99

Ausgaben	Spar- u. Pfandleihkasse ℳ	₰	Schulsparkasse ℳ	₰
16. Rückstände	513 567	10	2 158	11
17. Aufertragbare Liegenschaften	2 224	52	—	—
18. Zinse und Kosten für Einlageguthaben u. andere Schulden	2 064 390	68	8 058	95
19. Abgang und Verlust	863	25	—	—
20. Auf die Verwaltung	117 494	87	148	34
23. Auf eingelöste Sparmarken	—	—	—	—
24. Vorschüsse u. Ausgleichungsposten	13 052 853	67	88	—
27. Rückzahlung v. Spareinlagen	19 359 211	19	54 500	15
29. Angelegte Kapitalien	12 181 193	85	—	—
30. Heimbezahlte Kapitalien	6 802 225	—	—	—
32. Kassenvorrat auf 31. Dez. 1916	27 895	68	3 085	44
Summe der Ausgaben	54 121 919	61	67 983	99

Vermögensberechnung.

Vermögen	Spar- u. Pfandleihkasse ℳ	₰	Schulsparkasse ℳ	₰
1. Liegenschaften	52 000	—	—	—
2. Darlehen gegen bedungenes Unterpfand	40 085 360	—	221 400	—
3. Deutsche Staatspapiere	12 442 119	—	—	—
4. Sonstige Inhaberpapiere	2 610 993	50	—	—
5. Darlehen der Leihkasse	171 233	—	—	—
6. Sonstige Darlehen	120 598	90	—	—
7. Einnahmerückstände	173 850	22	492	05
8. Stückzinsen auf 31. Dez. 1916	504 657	73	2 507	19
9. Wert der Gerätschaften	38 926	—	—	—
10. Kassenvorrat	27 895	68	3 085	44
Summe des Vermögens	56 227 634	03	227 484	68

Schulden	Spar- u. Pfandleihkasse ℳ	₰	Schulsparkasse ℳ	₰
1. Guthaben der Einleger	50 632 900	62	190 589	85
2. Schuldkapitalien	4 445 645	67	35 000	—
3. Ausgaberückstände	41 140	08	1 944	83
Summe der Schulden	55 119 686	37	227 484	68
Das Vermögen beträgt	56 227 634	03	227 484	68
Reinvermög. auf 31. Dez. 1916	1 107 947	66	—	—

Zahl der Einleger	Spar- u. Pfandleihkasse Anzahl	Schulsparkasse Anzahl
am Anfang des Rechnungsjahres	56 876	8 398
Zugang 1916	8 704	705
Zusammen	65 580	9 103
Abgang 1916	5 828	878
Stand am 31. Dezember 1916	59 752	8 225

Berechnung des Reservefonds

Nach § 7 der Satzungen soll der Reservefonds 5% des Gesamtguthabens der Spareinleger betragen. Bei einem Gesamtguthaben der Einleger der städt. Sparkasse von 50 632 900 ℳ 62 ₰ und der Schulsparkasse von 190 589 ℳ 85 „ zusammen von 50 823 440 ℳ 47 ₰ berechnet er sich auf 2 541 172 ℳ 02 ₰

Karlsruhe, den 19. Dezbr. 1917.

Der Verwaltungsrat.

Kennst du deine Feinde?

Da ist das rachelüsterne Frankreich, das seine Neger aus Afrika gegen uns heranholt. Auch uns kam früher aus Afrika eine Hilfe beim Kampf, aber eine edlere: das Gold. — Bringt es jetzt zu den Goldankaufstellen! Wer sich heute mit Goldschmuck behängt, zeigt, daß er seine Zeit nicht versteht.

Stefanienstraße 28 1006

Montag u. Mittwoch von 10—½1 Uhr.

Goldankaufsnebenstellen:
Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen.

Ziegenmilch

täglich **2 Liter** für einen Schwerkranken bei **hoher Bezahlung** wird **gesucht.** Sofortige Angebote an 7000

Dr. med. Warth
Moltkestraße 41, Karlsruhe.

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder u. elegante

Wannenbäder.

I., II. und III. Klasse. G1

Für Herren u. Damen geöffnet: Werkt. vorm. 8—1 Uhr, nachm. 3—8 Uhr, Samstag abds. bis 9 U. **Mittags 1—3 Uhr geschlossen.** An Sonn- und Feiertagen während der Kriegszeit geschlossen.

Hausmädchen

zum sofortigen Eintritt sucht
Städt. Krankenhaus Karlsruhe. B1

L. z. Tr. 1027
Montag, den 7. I. 18, 8 Uhr.

Es ist ratsam,

die ältesten Pelze u. Muffe reparieren u. ändern zu lassen. Tadellose u. billige Ausführung. **Douglasstr. 8, part.**